

BESSERE LUFT, WENIGER LÄRM UND FAIRE PREISE IM GÜTERVERKEHR!

Oktober 2003

Kurznachrichten des „Bündnis LSVA für Europa e.V.“

INHALT: In eigener Sache / NACHRICHTEN: Deutschland: Stand der Mauteinführung / Trotz allem: Die Maut wirft ihre Schatten voraus / Schiefelage bei Subventionen; **Österreich:** Die Maut kommt! / Ökopunkte weiter im Gespräch / Vorahnungen / So geht's auch; **Schweiz:** Roter Teufelsstein für Unsinnstransporte vergeben; **EU:** Klarstellung des Europäischen Gerichtshofes (EUGH) / Wegekosten-Richtlinie vorgelegt – Aktivitäten notwendig/ Erstes Minister-Echo / Technikvergleich / **LITERATURTIPP / TERMIN / IMPRESSUM**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

da sind wir wieder! Die Zeitungen sind voller Berichte und Kommentare zum Maut-Desaster in Deutschland, in Österreich rückt sie dagegen in greifbare Nähe, und das Wichtigste: seit Juli liegt der Entwurf für eine EU-weite Wegekostenrichtlinie vor. Wer diese gelesen hat, weiß: es gibt noch viel zu tun! Und für uns wieder eine Menge zu berichten.

Das LSVA-Bündnis hat über ein Jahr lang im Verborgenen gearbeitet. Starke Rückgänge bei Mitgliedsbeiträgen und ein arbeitsaufwendiges anderes Projekt, das die Geschäftsführerin gleichzeitig zu betreuen hatte, haben uns gezwungen, die Aktivitäten auf das Minimum zu reduzieren, nämlich die Präsenz in Brüssel.

Und so sah die Arbeit in Brüssel aus: Lobbying am Rande der Sitzungen des Verkehrsausschusses im Europa-Parlament, Teilnahme mit statements an Anhörungen und Tagungen, ein Beitrag auf dem Hearing der Grünen/EFA im EP zum Thema „Alpenverkehr“. Der Höhepunkt der Arbeit war sicherlich die Ausstellung „Schöne neue Alpen“ der Gesellschaft für ökologische Forschung (München), die im Januar 2003 während der Plenumswoche im Europa-Parlament gezeigt wurde. Dabei handelt es sich um eine äußerst eindrucksvolle Fotoausstellung mit vielen Exponaten zum alpinen (Güter-)Verkehr. Über 100 Anwesende bei der Eröffnung und eine spontane, temperamentvolle „Gardinenpredigt“ des Landwirtschaftskommissars Franz Fischler, der die Verantwortung der Verkehrspolitik für die Zukunft dieser sensiblen Region beschwor, das waren die äußeren Höhepunkte.

Die dazu gehörigen politischen highlights: Die Übernahme der Schirmherrschaft durch den österreichischen Abgeordneten Hannes Swoboda (SPÖ), die Unterstützung der Grünen/EFA (die im Vorfeld auch ein Hearing dazu veranstalteten) und deren Zusammenarbeit mit uns und der CIPRA (Internationale Alpenschutzkommission) haben ein deutlich gestiegenes Verständnis für das Konzept der „sensiblen Regionen“ über Fraktionengrenzen hinweg in das Parlament gebracht. Auch im Entwurf der Wegekostenrichtlinie werden die „sensiblen Regionen“ berücksichtigt, - aber davon später.

Nachrichten

Deutschland: Kommt die Maut? Naja...

Natürlich kommt die Maut. Im Gespräch ist jetzt der 1. April 2004 (kein Witz!). Das Mautgesetz gilt bereits seit Ende März 2003, der Eurovignettenvertrag wurde pflichtbewusst längst gekündigt, und dementsprechend fahren die LKW derzeit ohne irgendwelche Wegekosten zu bezahlen durch Deutschland. Man streitet sich nun um die Haftung für die entgangenen Einnahmen, und nachdem das Betreiberkonsortium Toll Collect eigentlich zu diesem Thema nur eine Vorlesestunde für den Bundestagsausschuss angeboten hatte, scheint die Bereitschaft zu steigen, den zu prüfenden Vertrag nun doch schriftlich vorzulegen. Alles ist wirklich spannend!

Deutschland: Trotz allem: Die Maut wirft ihre Schatten voraus

LKW bis zu 11,99 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht werden von der Maut in Deutschland befreit sein. Die Hersteller solcher Fahrzeuge erwarten einen Boom für die nächste Zeit, und schon bald wird es verschiedene neue Fahrzeugtypen als „Light“-Ausführung geben, die bis zu 750 kg Fahrzeug-Kilos sparen. (Bsp. MAN, Iveco) Hoffentlich leidet die Straßensicherheit nicht unter den neuen Versionen, bei denen am Rahmen, den Federn und Achsen gespart wird. Und dass der Erfindungsgeist dann noch nicht erschöpft ist, sondern auch ähnlich innovative lärm- und abgasarme Motoren hervorbringt, ist ebenfalls zu hoffen. (Quelle: Deutsche Verkehrszeitung, 14.10.)

Deutschland: Schiefelage bei den Subventionen

Passend zu den - noch immer zu hohen- verdeckten Subventionen im Straßengüterverkehr sollen bei der Schiene angebliche Subventionen abgebaut werden, die keine sind. Dabei geht es um Zuschüsse für den Schienenwegebau, die Erstattung von entsprechenden Investitionsdarlehen sowie Regionalisierungsmittel des Bundes für die Bahn. Das wird in dem Programm zum Subventionsabbau vorgeschlagen, das die Ministerpräsidenten Peer Steinbrück von NRW und Roland Koch von Hessen -vorgelegt haben. (Quelle: www.vdv.de, Pressemitteilung vom 13.10.)

Österreich: Kommt die Maut? Die Maut kommt!

Lange hatte Österreich in seinem Maut-Wettstreit mit Deutschland hinten gelegen. Das hat sich geändert, denn die Maut kommt tatsächlich näher. In Österreich wird Anfang 2004 das Road-Pricing für LKW und Omnibusse ab 3,5 Tonnen Gesamtgewicht auf Autobahnen und Schnellstraßen eingeführt. Die Mautsätze betragen für LKW mit und ohne Anhänger sowie für Omnibusse mit 2-3/4-Achsen bei 13, 18,2 und 27,3 Cent pro Kilometer. Vorgeschrieben wird ein Mautgerät für jeden LKW, das kostenlos ist. Bisher schon bestehende Mauten an bestimmten Passübergängen (z.B. am Arlberg, Brenner, Tauern, Pyhrn) bleiben erhalten.

Österreich: Ökopunkte weiterhin im Gespräch

Möglicherweise können ab dem kommenden Jahr nicht nur die EURO-4-LKW, sondern auch 40% der passierenden EURO-3-Fahrzeuge ohne Ökopunkte durch Österreich fahren. Dies hat der österreichische Verkehrsminister Hubert Gorbach (FPÖ) vorgeschlagen, um die Verlängerung der Ökopunkte-Regelung zu retten. Zur Erörterung dieses Kompromiss-Vorschlages will er seine Kollegen aus Deutschland, den Niederlanden und Italien an einen Tisch bringen, außerdem läuft die Vermittlungsrunde auf EU-Ebene weiter. (Quelle: Deutsche Verkehrszeitung)

Österreich: Vorahnungen

Die österreichische Papierindustrie vermutet einen riesigen Kostenschub durch das Road-Pricing. Jeder Cent aus den Einnahmen werde für sie Kosten von einer halben Millionen Euro jährlich verursachen und die EndverbraucherInnen zusätzlich belasten, berechnet der Präsident der österreichischen Papierindustrie, Michael Göller. Verlagerungen der Transporte auf die Bahn seien nicht möglich, da schon jede zweite Tonne bahnfähig. Warum dann eigentlich nicht auch jede erste??

Jedenfalls rechnet die österreichische Arbeiterkammer im Gegensatz zu den Prognosen aus der Papierindustrie nur mit geringen Preiserhöhungen.

Bald wird man mehr wissen. (Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Pressemitteilung 17.10.2003)

Schweiz: Roter Teufelsstein für Unsinnstransporte vergeben

Die Alpen-Initiative selber hatte mit diesem Echo eigentlich nicht gerechnet. Dennoch schaffte es ihre Aktion am 6.10. in alle Nachrichtensendungen der Schweiz: Sie überreichten den Roten Teufelsstein der Firma Nestlé Waters (Schweiz) am Hauptsitz in Gland VD. Nestlé Waters ist weltweit führend in der Wasservermarktung und produziert mit diesem Geschäft eine Unmenge von unsinnigen Transporten. Allein durch ihre Importe in die Schweiz produziert der Wasserkonzern schätzungsweise jährlich 12'000 unnütze

Lastwagenfahrten durch die Alpen. Die Beteuerungen des Generaldirektors André Granelli, die Bahntransporte zu fördern, seien reine Lippenbekenntnisse, urteilte die Alpen-Initiative (Quelle: www.alpeninitiative.ch)

EU: Geld oder Gesundheit? Europäischer Gerichtshof stellt Präferenzen klar:

Einen bemerkenswerten Satz enthält die Pressemeldung des EUGH vom 2. Oktober 2003, die den vorläufigen Beschluss in der Rechtssache „Sektorale Fahrverbote auf der Brenner-Autobahn“ erläutert: „Grundsätzlich hätten Erfordernisse des Umwelt- und/oder Gesundheitsschutzes Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen.“ Und zu der Frage, wie Lösungen am Brenner aussehen könnten: „...ohne dass von vornherein ausgeschlossen werden könne, dass sie gewisse Nachteile sowohl für das Funktionieren des Binnenmarktes als auch für die Interessen bestimmter Gruppen von Wirtschaftsunternehmen mit sich brächten.“

EU: Entwurf der Wegekosten-Richtlinie vorgelegt / Aktivitäten notwendig!

Seit Juli 2003 liegt der Entwurf der EU-Kommission über die zukünftigen Wegekosten im Straßengüterverkehr vor. Fortschritte, aber auch kapitale Probleme sind darin vorprogrammiert. Jetzt ist das Einmischen der NGO s mit Stellungnahmen an die EU-Kommission und die nationalen Verkehrsminister gefragt!

Das „Bündnis LSVA für Europa e.V.“ bittet alle Organisationen, Bürgerinitiativen, Vereine etc: Bitte machen Sie mit. Schreiben Sie eine Stellungnahme an die EU, und schreiben Sie Ihre Forderungen für eine gute Wegekosten-Richtlinie hinein! Weitere Analysen, hilfreiche Textbausteine, Adressen etc können bei uns abgerufen werden, email genügt! (In wenigen Tagen wird auch unsere homepage aktualisiert sein und alle Informationen enthalten)

Dringend notwendige Änderungen für den Richtlinien-Entwurf:

Vier Punkte entscheiden vor allem, ob die zukünftige Richtlinie die dringend notwendigen Verbesserungen zum Wohle der Allgemeinheit einleitet oder ein großer Flop wird:

1. Fast nur auf den Strecken des transeuropäischen Netzes sollen die Gebühren erhoben werden. - Gelingt es, den Geltungsbereich für eine zukünftigen Gebührenerhebung auf alle Straßen auszudehnen?
2. Nur ein kleiner Teil der externen Kosten kann laut Entwurf angerechnet werden, und verschiedene Begrenzungen senken die mögliche Abgabenhöhe noch weiter. - Bekommt man mehr konkrete Kostenwahrheit in die Richtlinie?
3. Vorgeschlagen ist, dass die Einnahmen zum allergrößten Teil wieder in den Straßenbau gesteckt werden müssen. - Kann man diese katastrophale Vorschrift verhindern?
4. Die Verlagerung auf umweltverträgliche Verkehrsträger, Kostenwahrheit oder andere Aspekte einer nachhaltigeren Verkehrspolitik werden als Ziel erst gar nicht erwähnt. - Kann die EU dazu gebracht werden, dass sie ihre Verantwortung wahrnimmt und sich in der Richtlinie klar zu umweltpolitischen Ziele bekennt?

Noch einmal in eigener Sache: Die Mitgliedsbeiträge für das Jahr 2003 werden fällig. Die Höhe ist satzungsgemäß unbegrenzt. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit auch mit Ihrem Beitrag/Ihrer Spende auf das Konto: 552415-803, Stichwort „LSVA-Bündnis“, Postbank München, BLZ 700 100 80.

Wegekosten-Richtlinie und das erste Minister-Echo

Der Verkehrsministerrat hat bei seiner Sitzung am 9./10. Oktober in Luxemburg auch erstmals über den Entwurf der EU-Kommission zur Wegekosten-Richtlinie diskutiert. Am Rande gab es erste öffentliche Einschätzungen der beiden Verkehrsminister von Deutschland und Österreich, die bekanntlich vor einer Mauteinführung zu anderen Bedingungen stehen. Was sagen sie zu dem Entwurf?

Hubert Gorbach (Österreich): „Gut, dass der Vorschlag vorliegt und wir endlich darüber diskutieren können. Der Teufel liegt jedoch im Detail. Entscheidend wird sein, größtmögliche Spielräume für die Länder - entsprechend ihrer individuellen Anforderungen - zu gewährleisten“, so Gorbach. Für ihn sei wesentlich, dass der Verwendungszweck des

Zuschlages von den einzelnen Ländern selbst bestimmt werden kann. "Nur so ist die Querfinanzierung von der Straße auf die Schiene oder den Ausbau alternativer, umweltschonender Verkehrsträger sichergestellt", sagte der Minister. "Außerdem habe ich gestern unmissverständlich darauf hingewiesen, dass Österreich ein Problem hat mit der im Vorschlag enthaltenen Einschränkung der Anrechenbarkeit von Infrastrukturkosten auf lediglich 15 Jahre. Damit sind die in Österreich bereits getätigten sehr hoch liegenden Infrastrukturkosten nicht ausreichend berücksichtigt", meinte Gorbach. (Pressemeldung des Verkehrsministeriums, www.bmvit.gv.at)

Manfred Stolpe (Deutschland): „Wir gehen davon aus, dass die Richtlinie nicht eins zu eins umgesetzt wird“. Er unterstütze die Kommission, die Richtlinie bis spätestens zum Frühjahr zu verabschieden. Die Berechnungsgrundlage der Maut, die fehlende Möglichkeit zur Querfinanzierung und die Zweckbindung der Einnahmen insgesamt stoßen bei ihm auf grundsätzliche Bedenken. (zitiert nach: Deutsche Verkehrszeitung, 11.10.2003)

EU: Technikvergleich für die Infrastrukturfinanzierung

Einige Wochen vor der Veröffentlichung der Wegekosten-Richtlinie ist auch der Entwurf für die zukünftige Finanzierung der Infrastruktur auf den Weg gebracht worden. Darin geht es unter anderem um die Abbuchungstechnik für Nutzungsentgelte. Ein Hearing, das die Berichterstatterin im EP, Beate Sommer, veranstaltete, erbrachte unter anderem die unmissverständliche Schlussfolgerung: Eine Nutzungsabgabe, die für alle Straßen und jeden gefahrenen Kilometer erhoben werden soll, funktioniert nur mit der derzeitigen Schweizer Technik. Die österreichische Mikrowellentechnik ist zwar auch für komplizierte Abstufungen nach Tageszeit etc. geeignet, braucht aber eine vergleichsweise aufwendige Infrastruktur mit Baken über den Straßen. Die deutsche satellitengestützte Technik reicht schon weiter, doch nur die Koppelung des Erfassungsgerätes mit dem Tachografen bringt eine unproblematische Lösung für alle gefahrenen Kilometer.

Termin:

27. / 28. 10. Luzern (Schweiz): Weichenstellungen im Alpentransitverkehr - Spannungsfelder der koordinierten Verlagerungspolitik in Europa, mit aktueller europapolitischer Standortbestimmung der Schweiz; Informationen und Anmeldung: www.europa-forum-luzern.ch; email: info@rwfl.ch;

Achtung Baustelle: Dieser Informationsdienst ist im Aufbau. Wir freuen uns über Hinweise zu weiteren Interessenten.

Haben Sie Meldungen, Termine oder Anregungen für die LSVA-Nachrichten? Schicken Sie einfach ein email: Heike.Aghte@t-online.de

Bündnis LSVA für Europa e.V., Heike Aghte (Geschäftsführerin), Rathaus-Str.17, D-10178 Berlin; Tel: 0049-170-5389971; Internet: www.lsva-europe.org